

## Geschlossene Fonds vor Gericht

Die Emissionshäuser hießen MPC, HCI, Dr. Peters, König & Cie. oder Lloyd, die Vermittler waren meist heimische Banken, teils Vermögensberater. Das Problem der Produkte, geschlossene Schiffs- und Immobilienfonds, die bis etwa 2007 verkauft wurden: Die darin enthaltenen Kosten waren eklatant, dazu kam die Wirtschaftskrise, einige Fonds sind mittlerweile in Konkurs, andere stehen kurz davor. Die Anleger, die in Kommanditgesellschaften investierten, erhielten über die Jahre zwar die ursprünglich versprochenen Ausschüttungen. Dabei handelte es sich aber nicht – wie allgemein angenommen – um Zinsen aus Gewinnen, sondern es waren bloß Zahlungen aus Kapital. Auszahlungen, die von den Anlegern prompt zurückgefordert wurden, als die Projekte notleidend wurden.

„Man hätte doch nur genauer lesen müssen“, wird mitunter von den damaligen Vermittlern, häufig Banken, eingewendet. Das Problem: die Emissionsprospekte, in denen die Details erwähnt wurden, wurden so gut wie keinem Kunden ausgehändigt. In den kürzer gehaltenen Hochglanzbroschüren, die heimische Kunden erhielten, sah das gänzlich anders aus: „18 Seiten umfasste das österreichische Verkaufsprospekt ohne einen einzigen Risikohinweis, komischerweise hatte das deutsche Verkaufsprospekt rund 100 Seiten, mit gewissen Risikohinweisen“, erklärt Rechtsanwalt Sebastian Schumacher, Vertrauensanwalt des Vereins für Konsumenteninformation (VKI).

Der VKI konnte mit vielen der an der Vermittlung beteiligten Banken mittlerweile Vergleiche für betroffene Anleger abschließen, zumindest 30 bis 50 Prozent des veranlagten Kapitals konnten damit gerettet werden. Gegen die BKS, die sich bis dazu nicht



Foto: Lilo Kepp - www.pixelio.de

Bei den Hollandfonds der MPC brachte der Verein für Konsumenteninformation (VKI) kürzlich Strafanzeige wegen Betrugsverdacht ein

vergleichsbereit zeigte, wird nun vom VKI, unterstützt vom Prozessfinanzierer FORIS, eine Sammelklage eingebracht.

Damit nicht genug, wurde vom VKI kürzlich Strafanzeige gegen MPC (mittlerweile unter CPM firmierend) eingebracht, wegen Verdachts auf Betrug; Geschädigte können sich als Privatbeteiligte anschließen.

Geschädigte, die individuell gegen ihren seinerzeitigen Berater – häufig eine Bank – Klage einbringen, haben freilich Chancen auf mehr als eine Vergleichsquote. „Wir stützen unsere Klagen auf vier Punkte“, schildert Rechtsanwalt Max Leitner von Leitner & Partner. „Erstens auf den Ausschüttungsschwindel, dass nicht gesagt wur-

de, dass es sich bei den jährlichen Ausschüttungen um das selbst eingezahlte Kapital handelt und dass damit die Haftung wieder auflebt, wenn die KG in Schwierigkeiten kommt.“ Dazu konnte die Kanzlei bereits ein Urteil beim OLG Wien erstreiten (siehe GEWINN 9/14, Seite 62), in dem ausgesprochen wurde, dass der Vermittler dazu verpflichtet gewesen wäre, darüber aufzuklären. Die Folge: Schadenersatz wegen Fehlberatung.

„Zweitens wurde von den Banken nicht erwähnt, dass sie neben dem offiziellen Agio von fünf Prozent hinten nach Kickbacks vom Fonds erhalten“, so Leitner. Zwischen einem und sieben Prozent wurde den Kunden so heimlich nochmals abgezwickelt – ein Faktum, über das die Anleger aufgeklärt hätten werden müssen, schließlich handelt es sich hier um einen Interessenkonflikt.

Drittens die Verharmlosung des Risikos: „Das Investment wurde als Sachwert beworben“, so Leitner, Anleger wurden üblicherweise auch nicht darüber aufgeklärt, dass sie neben dem Risiko des Totalverlusts auch noch ihre vermeintlichen Erträge wieder zurückzahlen müssen. Viertens „die hohen Weichkosten“, so Leitner. Bei den Immobilienfonds, wie z. B. den Hollandfonds der MPC, waren es um die 20 Prozent, bei Schiffsfonds teils sogar über 25 Prozent. Womit oft weniger als drei Viertel des Kundengeldes in der eigentlichen Veranlagung landeten.

Besonders tragisch: Nicht nur viele Kunden hatten keine Ahnung, worum es sich bei diesem ungewöhnlichen, kompliziert gestrickten Produkt eigentlich handelte. Auch der Bankvertrieb, wie man von Insidern hört, war häufig nicht in die Details eingeweiht. Dafür spricht auch die Tatsache, dass viele Bankenmitarbeiter selbst solche geschlossenen Fonds für sich und ihre Angehörigen zeichneten. Besonders bedenkliches Detail: Vertrauliche Unterlagen einer beteiligten Bank zeigen, dass diese Produkte eine Zeit lang sogar als Tilgungsträger verkauft wurden – im Ausmaß von angeblich rund zwölf Millionen Euro.